



FACHHOCHSCHULE LAUSITZ
University of Applied Sciences

Mitteilungsblatt Nr. 101

Gemeinsame Erklärung
der Regierung des Landes Brandenburg und
der Brandenburgischen
Landesrektorenkonferenz

DIE PRÄSIDENTIN

18.02.2004

Gemeinsame Erklärung

der Regierung des Landes Brandenburg und der Brandenburgischen Landesrektorenkonferenz

(Hochschulpakt)

Mit den in den letzten zehn Jahren errichteten acht Universitäten und Fachhochschulen sowie der Hochschule für Film und Fernsehen verfügt Brandenburg dank einer großen Aufbauleistung aller Beteiligten über ein stattliches Ausbildungs- und Wissenschaftspotenzial. Die erfolgreiche Arbeit der brandenburgischen Hochschulen basiert auf einem attraktiven Studienangebot, einer modernen Ausstattung und engagierten, hochqualifizierten Hochschullehrern und Mitarbeitern.

Die bei der Umstrukturierung der Wirtschaft des Landes gewonnenen Erfahrungen haben gezeigt, dass die Hochschulen wie die Wissenschaft im Allgemeinen eine Schlüsselstellung als Quelle von Innovationen und als Standortfaktor einnehmen, vor allem aber für die Ansiedlung technologieorientierter Unternehmen, für die Sicherung vorhandener und die für die Entstehung neuer, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze eine bedeutende Rolle spielen. Gerade im Zusammenhang mit der bevorstehenden EU-Erweiterung wird immer deutlicher, dass die Konkurrenzfähigkeit einer Gesellschaft wesentlich von dem aus Wissenschaft und Forschung resultierenden Innovationsgrad der auf den Märkten angebotenen Produkte und Verfahren abhängt. Nicht zuletzt garantieren die Hochschulen, dass auf Dauer für Wirtschaft, Schulen, Verwaltungen und freie Träger qualifizierte wissenschaftlich ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung stehen.

Voraussetzung dafür, dass die Hochschulen die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllen können, ist ihre Wettbewerbsfähigkeit. Mit dem Kabinettsbeschluss zur weiteren Hochschulentwicklung vom Juni 2001, der auf der Grundlage der voraussichtlichen Entwicklung der Studiennachfrage eine Erweiterung der Ausbildungskapazität um 3500 personalbezogene Studienplätze bis zum Jahr 2007 vorsieht, hat die Landesregierung eine grundlegende Forderung der Hochschulen nach einem wettbewerbsfähigen Ausbau ihres Studienangebots erfüllt. Der Beschluss gibt den Hochschulen die notwendige Sicherheit für längerfristige Strukturplanungen. Mit der ungeschmälernten Umsetzung der Hochschulentwicklungsziele trotz der zwischenzeitlich dramatisch eingebrochenen Steueraufkommen unterstreicht die Landesregierung die prioritäre Stellung der Hochschulpolitik.

Dem Streben der Hochschulen nach weiterer Erhöhung der Planungssicherheit wird von der Landesregierung Rechnung getragen, indem den Hochschulen zugesichert wird,

- dass das Hochschulsystem des Landes Brandenburg in seiner Gesamtheit nicht angetastet wird und alle Hochschulen weiterbestehen sollen,
- dass künftig bei globalisierten Haushalten die bereits bestehende Übertragbarkeit der Mittel gewährleistet wird,

- dass sie bei künftigen Haushaltssperren von Stellenbesetzungssperren ausgenommen werden, soweit es um die Berufung von Professoren geht,
- dass ihnen eine Lockerung der Stellenplanbindung zugebilligt wird,
- dass das Land Brandenburg eine Weiterführung der gemeinsamen Bund-Länder-Finanzierung in Hochschulbau und Forschungsförderung anstrebt,
- dass das Land Brandenburg auf längere Sicht eine Konsolidierung und Aufstockung der Hochschulhaushalte anstrebt, soweit die Haushaltslage des Landes dies zulässt.

Die Hochschulen erkennen die Bemühungen der Landesregierung zur Erhöhung der Planungssicherheit und zur Stärkung der Hochschulautonomie an. Sie werden die geschaffenen Möglichkeiten nutzen, ihre Leistungsfähigkeit in Lehre und Forschung weiter zu erhöhen, und stellen sich dem zunehmenden Wettbewerb um Lehrende, Studierende und Ressourcen. Durch die Einführung und Weiterentwicklung neuer Steuerungsinstrumente leisten die Hochschulen ihren Beitrag zur Modernisierung der Landesverwaltung. Mit einem verstärkten Ausbau von Bachelor- und Master-Studiengängen erhöhen sie die Attraktivität ihres Studienangebotes. Durch Netzwerkbildung und Verstärkung der Kooperation untereinander sowie mit der Wirtschaft streben sie die Impulse an, die von ihnen für die strukturelle Entwicklung des Landes erwartet werden.

Potsdam, den 9. Februar 2004

Ministerpräsident
des Landes Brandenburg

Vorsitzender der
Brandenburgischen Landesrektorenkonferenz

Matthias Platzeck

Prof. Dr. Wolfgang Loschelder